

KURGEBIET

NONNWEILER

Gemeinde

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (B BauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ... beschlossen.
Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Nonnweiler durch die Kreisplanungsstelle St. Wendel.

Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich laut Plan
2. Art der baulichen Nutzung
 - 2.1 Baugebiet Sondergebiet (Kurgebiet)
 - 2.1.1 zulässige Anlagen
 - 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
 - 2.2 Baugebiet
 - 2.2.1 zulässige Anlagen
 - 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
3. Maß der baulichen Nutzung
 - 3.1 Zahl der Vollgeschosse laut Plan
 - 3.2 Grundflächenzahl laut Plan
 - 3.3 Geschossflächenzahl laut Plan
 - 3.4 Baumassenzahl
 - 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen
4. Bauweise geschlossene Bauweise, laut Plan
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche laut Plan
6. Stellung der baulichen Anlagen entfällt
7. Mindestgröße der Baugrundstücke entfällt
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Freigeschoßfußboden) entfällt
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken entfällt
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf laut Plan
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen entfällt
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist, entfällt
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung laut Plan
15. Verkehrsflächen laut Plan
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen laut Strassenprojekt
17. Versorgungsflächen entfällt
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen entfällt
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen entfällt
20. Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe laut Plan
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen entfällt
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft entfällt
23. Mit Geh-, Fahr- und Teilungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen entfällt
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftslagaragen laut Plan
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind entfällt
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung entfällt
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern entfällt
28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässer laut Plan

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 B BauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 B BauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherheitsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht entfällt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 B BauG

- 1 entfällt
- 2 entfällt

Planzeichen - Erläuterung

---	Geltungsbereich
□	Befehlende Gebäude
□	Gepflante Gebäude
---	Befehlende Straßen
---	Gepflante Straßen
---	Befehlende Grundstücksgrenze
---	Gepflante Grundstücksgrenze
---	Baulinie
---	Baugrenze
→	Entwässerungsrichtung
○	Grenze unterschiedlicher Nutzung
Z	Geschosszahl
GRZ	Grundflächenzahl
GfZ	Geschossflächenzahl

Festlegung gemäß § 31 Abs. 1 B BauG: Die rote Baulinie ist wie nachstehend festgelegt: Vorsprünge max. 0,75m vor die Baulinie sind gestattet. Rücksprünge von max. 2,00m hinter die Baulinie sind gestattet, wenn mindestens 3/4 der Gesamtbaufläche an die Baulinie zu stoßen kommt.

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 B BauG quazufiegen

vom 26. 7. 1942 bis zum 26. 8. 1942

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 B BauG als Satzung vom Gemeinderat am 31. 8. 1942 beschlossen.

Nonnweiler

5. 9. 1942

Der Bürgermeister
Gärtner

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 B BauG genehmigt

Saarbrücken, den 2. November 1942

Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde -

Im Auftrag
Würker

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 B BauG wurde am 6. 11. 1942 öffentlich bekanntgemacht.

Nonnweiler

9. 11. 1942

Der Bürgermeister
Gärtner

DER LANDRAT DES KREISES ST. WENDE

KREISBAUAMT ——— PLANUNG

BETR: BEBAUUNGSPLAN
„KURGEBIET“ NONNWEILER

M -
1:5

	DAT.	NAME		DAT.	NAME	PLAN NR.
GEZ.	23.6.71	G. BLEYMEHL	KREIS-			
ABT-LEIT.	23.6.71	H. V. Federkühn	OBER- BAURAT	23.6. 71	Unnerts	

